

Bearbeitungsstau beim Wohngeld – Verein für Sozialberatung macht Druck

In Goch warten Anspruchsberechtigte offenbar monatelang auf die Bearbeitung ihres Wohngeldantrags. Nun soll im Rathaus eine zusätzliche Stelle geschaffen werden.

Maarten Oversteegen

Goch. In dieser Frage war sich die Gocher Lokalpolitik im Haupt- und Finanzausschuss einig: Es braucht eine zusätzliche Stelle im Bereich Wohngeld. Sie war von den Grünen beantragt worden. Denn der Stau bei der Bearbeitung von Anträgen ist inzwischen so groß, dass der damit befasste Mitarbeiter kaum mehr hinterherkommt – wir berichteten ausführlich über die Debatte.

In dieser Frage meldet sich nun auch der Verein Selbsthilfe zu Wort. Er fordert die Gocher Politik auf, zügig eine zusätzliche Stelle für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen zu schaffen. Sie sei „dringend notwendig“, heißt es in der Stellungnahme. Am Donners-

tag, 26. März, entscheiden die Stadtverordneten in der Ratssitzung, wenn der Haushalt verabschiedet wird.

Sorge wegen mehr Wohngeldanträgen

Der Verein für Sozialberatung erklärt: „Bearbeitungszeiten von acht bis zehn Monaten bei Wohngeldanträgen sind keine bedauerlichen Einzelfälle, sondern die Regel. Die Konsequenz ist nicht selten, dass Betroffene mit ihren Mietzahlungen in den Rückstand geraten – und bereits nach der zweiten rückständigen Miete hat der Vermieter das Recht, die Wohnung zu kündigen.“ Es sei zu befürchten, dass die Zahl der Wohngeldanträge aufgrund der derzeit schlechten wirtschaftlichen Lage



In der Wohngeldstelle des Gocher Rathauses ist es zu einem Antragsstau gekommen.

Anja Settnik /

zunehmen wird. „Wir appellieren an alle demokratischen Parteien im Rat, dem Antrag zuzustimmen“, heißt es von den Ehrenamtlichen. Sie weisen weiter darauf hin, dass das Wohngeld eine Leistung des Landes (50 Prozent) sowie des Bundes (50 Prozent) sei und es mithin im Interesse der Kommune liege, „dass die Anträge zeitnah und so unbürokratisch wie möglich bearbeitet werden, denn am Ende kommen die gezahlten Leistungen auch der Wirtschaft vor Ort zu Gute“.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere plädiert der Verein für Sozialberatung dafür, dass sich die Kommune zuvorderst auf ihre gesetzlichen Aufgaben konzentriert und „prestigeträchtige Vorhaben“ wie das innerstädti-

sche Entwicklungsprojekt ISEK auf „Sparflamme“ umgesetzt. Zumal: „Die angekündigte Erhöhung der Grunderwerbssteuer ist für viele Bürger, die schon jetzt kaum mehr ihre Miete zahlen können, eine enorme Belastung und muss so alsbald wie möglich auch wieder gesenkt werden.“

Ganz ähnliche Probleme im Bereich Wohngeld gab es vor einiger Zeit auch in Kleve. Nachdem Anfang 2023 die Wohngeld-Plus-Reform in Kraft getreten war, die den Kreis der Anspruchsberechtigten deutlich erweiterte, warteten viele Menschen monatelang auf die beantragten Mittel. Die Lokalpolitik machte immer wieder Druck, die Stadtverwaltung stellte zusätzliches Personal ein. So wurde der Missstand behoben.